

**Dr. Franz Josef Jung MdB**

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**Karl-Georg Wellmann MdB**

30. September 2015

### **Für eine aktive europäische Ukraine-Politik**

1. Auch wenn der Waffenstillstand im Osten der Ukraine hält: Das politische Ziel und das Handeln Moskaus sind darauf ausgerichtet, die Ukraine zu destabilisieren und ihre Annäherung an die EU zu verhindern.
2. Damit fordert Moskau zugleich die EU heraus, ob sie zu ihren Vereinbarungen mit der Ukraine steht. Der russische Präsident Putin will eine vermeintliche Schwäche der EU geopolitisch ausnutzen. Er hält die EU nicht für einen relevanten Partner.
3. Es geht um die Frage, ob die EU den politischen Willen und die Stärke hat, sich mit politischen und diplomatischen Mitteln gegenüber Moskau zu behaupten und zugleich die Reform- und Modernisierungsbemühungen Kiews so zu unterstützen, dass sie zu einer Erfolgsgeschichte werden.
4. Die Ukraine trotz russischer Annexion der Krim und militärischer Intervention Russlands im Donbass zu einer Erfolgsgeschichte zu machen, ist eine strategische Herausforderung für die EU.

I.

5. Wir haben uns mit dem Assoziierungsabkommen nicht nur bereit erklärt, die Ukraine immer enger an die EU heranzuführen und die dafür notwendigen Reformen zu unterstützen.

Wir haben mit dem Assoziierungsabkommen die Verantwortung übernommen, die Souveränität und die europäische Entscheidung der Ukraine zu verteidigen. Wir sind gefordert, eine positive ökonomische und institutionelle Entwicklung im Rahmen eines Modernisierungsprogramms so zu unterstützen, dass die Ukraine den

Destabilisierungsaktivitäten Russlands widerstehen und ihr großes Potenzial so entfalten kann, dass sie sich zu einem Wertepartner entwickeln kann, sofern sie auch zu den dazu unabdingbaren inneren Reformen bereit ist.

6. Eine Ukraine, die keine europäische Entwicklung nimmt, sondern - wirtschaftlich und politisch schwach - zwischen der EU und Russland in einem Zwischeneuropa hin- und her gerissen ist, wird ihre destabilisierende Wirkung haben – unmittelbar auf seine Nachbarn wie Georgien und Moldau, aber auch auf ganz Europa.

Eine dauerhafte politische und wirtschaftliche Instabilität der Ukraine und die damit verbundene Perspektivlosigkeit für große Teile der Bevölkerung könnten zu einer massiven Flüchtlingswelle führen, der nicht nur die EU-Nachbarstaaten ausgesetzt wären. Zugleich werden dann vor allem gut ausgebildete Ukrainer das Land verlassen und für die Modernisierung fehlen. Wir müssen darauf hinwirken, mögliche neue Fluchtursachen gar nicht erst entstehen zu lassen.

7. Europa kann von einer modernen Ukraine nicht nur wirtschaftlich profitieren. Das Land hat ein großes technologisches Potenzial, gut ausgebildete Facharbeiter und Ingenieure und wichtige Bodenschätze. Das Land ist potenziell für Investoren sehr interessant, wenn die anderen Investitionsfaktoren – wie die Bekämpfung von Korruption - stimmen.
8. Unsere Unterstützung des europäischen Weges der Ukraine, wird auch außerhalb der EU sehr genau beobachtet. Es geht dabei auch um die Selbstbehauptung Europas als Wertegemeinschaft und Verkörperung von soft power in der Welt.

## II.

9. Es ist nicht gesichert, dass der europäische Weg der Ukraine gelingt. Der Westen darf nicht mit der Illusion leben, dass die politischen Kräfte in der Ukraine allein willens und aus eigener Kraft in der Lage zu allen notwendigen Reformen sind.
10. Da die gesamte EU herausgefordert ist, müssen wir versuchen, die Ukraine noch mehr zu einem Anliegen aller Europäer und damit beispielsweise auch der EU-Mittelmeerpartner machen. Und das muss einschließen, dass sich diese Partner mehr als bisher sicher sein müssen, dass ihre drängenden Anliegen auch Anliegen der mitteleuropäischen und östlichen EU-Partner sind.

11. Die Bundesregierung hat die Initiative zur Lösung der Krise in der Ukraine übernommen. Diese Führungsrolle sollte Deutschland hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Stabilisierung der Ukraine verstärken. Dies muss in enger Kooperation mit Frankreich, aber vor allem auch mit Polen geschehen. Als Nachbar ist Polen für viele Ukrainer Orientierung für eine europäische Transformation.
12. Als EU-Ratspräsident kommt Donald Tusk eine Schlüsselrolle zu. Er und die EU-Kommission sollten in Kiew gegenüber Präsident und Regierung die notwendigen Reformen und deren konsequente und zügige Umsetzung einfordern.

### III.

13. Die Transformation der Ukraine ist angesichts der desolaten Wirtschaftslage dringend nötig. Dies erfordert ein deutlich höheres Tempo von Reformen und deren Umsetzung. Das gilt insbesondere für eine umfassende Justizreform und die wirksame Bekämpfung der Korruption – beides Schlüsselvoraussetzungen für eine erfolgreiche Modernisierung und ausländische Investitionen.
14. Die von der EU mit dem Assoziierungsabkommen eingegangene Verantwortung gibt uns nicht nur das Recht, sondern verpflichtet uns, die für die Transformation erforderlichen Reformen und deren Umsetzung von Kiew nachdrücklich einzufordern und dabei die erforderlichen Konditionen zu setzen.
15. Die Ukraine benötigt zur Modernisierung der Infrastruktur, der Verwaltung und Justiz, der Bildungseinrichtungen und der Industrie nach Schätzungen europäischer Förderbanken einen Finanzbedarf von über 100 Milliarden Euro.
16. Zu den hierfür notwendigen Finanztransfers kann es jedoch nicht ohne die vorherige Umsetzung nachhaltiger Reformen und eine völlig veränderte Rechts- und Verfassungspraxis kommen. Das heißt: strikte Konditionalität bis ins Detail und lückenlose Kontrolle der Umsetzung der Reformen müssen unverzichtbare Bedingungen für die Geldvergabe sein.
17. Es ist notwendig, alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen für die weitere Entwicklung des Landes in die Verantwortung zu nehmen. Der Maßstab sind die Regelungen des Assoziierungsvertrages, der die Transformation nach europäischem Modell vorsieht, bei Abschaffung des alten postsowjetischen Systems der fehlenden Trennung wirtschaftlicher und politischer Interessen. Dazu muss auch gehören, dass der Einfluss der Oligarchen auf Staat und Regierungshandeln

signifikant eingeschränkt wird und die dafür erforderlichen Initiativen und Gesetze entschlossen umgesetzt werden.

18. Wenn mit der Dezentralisierung die Kommunen und Kreise erheblich mehr Rechte und Möglichkeiten erhalten, müssen die Ukrainer in der Lage sein, mit ihren neuen Verantwortlichkeiten umzugehen. Dafür brauchen die Menschen vor Ort Rat von erfahrenen Praktikern. Wie bei der Wiedervereinigung könnten wir in der Kommunal- und Finanzverwaltung erfahrene Persönlichkeiten für eine begrenzte Zeit zur Beratung in die Ukraine entsenden.

#### IV.

19. Wir sind Partei an der Seite der Ukraine, darüber dürfen wir keinen Zweifel aufkommen lassen.
20. Zugleich haben wir ein großes Interesse an einem Neuanfang in den Beziehungen zu Russland. Denn es gibt zu viele Themen und Herausforderungen, die wir besser mit einem Partner Russland regeln können. Aber auch Russland muss dazu bereit sein. Für einen Neuanfang ist es unabdingbar, dass auch Moskau seine Verpflichtungen aus dem Minsker Abkommen vollständig erfüllt, damit dann die Wirtschafts-Sanktionen aufgehoben werden können.